

Antrag der Fraktion der CDU**Wohnungsnot bekämpfen – Konzepte für einen schnelleren Wohnungsbau vorlegen**

Dem Bremer Bündnis für Wohnen zufolge benötigt Bremen ca. 14 000 Wohnungen bis zum Jahr 2020, wovon bisher seit 2010 rd. 6 000 Wohneinheiten fertiggestellt wurden. Dieser Bedarf wird sich durch die stark gestiegene Anzahl an Flüchtlingen und dem daraus resultierenden Bevölkerungszuwachs verstärken.

Die 127. Bauministerkonferenz in Dresden hat sich darauf geeinigt, dass in Deutschland künftig schneller und kostengünstiger gebaut werden soll. Dafür sollen die Länder ihr Bauordnungsrecht auf den Prüfstand stellen und gegebenenfalls Standards und Verfahren so anpassen, dass schneller gebaut werden kann. Steuerliche Vergünstigungen für private Investitionen sollen ebenfalls zu einem schnelleren Wohnungsbau beitragen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass Bremerhaven und Bremen wachsende Städte sind mit dem Ziel, zusätzliche Einwohner und Arbeitsplätze zu gewinnen.
2. Der Senat wird aufgefordert,
 - a) zusätzliche Wohnbauflächen schneller auszuweisen sowie zu überplanen und hierbei die derzeitigen Bearbeitungszeiten unter Wahrung der rechtlichen Vorgaben nach Möglichkeit zu verkürzen. Hierfür müssen in den Bauämtern entsprechende Prioritäten gesetzt werden und u. a. das Bauamt Bremen-Nord personell aufgestockt werden, damit im Bereich der Bauaufsicht/Bauberatung eine schnelle Bearbeitung sichergestellt werden kann. Die in der Landesbauordnung festgeschriebenen Fristen müssen eingehalten werden.
 - b) der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft im ersten Quartal 2016 ein Konzept vorzulegen, in dem deutlich hervorgeht, welche Maßnahmen geplant sind, um die Baudynamik in Bremen zu beschleunigen und an welchen Stellen der Landesbauordnung in Bezug auf Verfahren und Standards Änderungen vorgenommen werden können, wie es auf der 127. Bauministerkonferenz in Dresden beschlossen wurde. Das Konzept soll auch mögliche steuerliche Vergünstigungen für private Investitionen beinhalten.
 - c) der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft im ersten Quartal 2016 ein Konzept über die Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau vorzulegen.

Silvia Neumeyer, Frank Imhoff,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU